

Verkehrsausschuß
31. Sitzung

02.07.87
B/n

Aus der Diskussion

Außerhalb der Tagesordnung: Diskussion zum Thema Freihafen Duisburg

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) bittet darum, daß ihre Ausführungen sowie die Antwort der Landesregierung vollständig im Protokoll wiedergegeben werden sollen. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) sagt, sie habe darum gebeten, daß das Gutachten, das die Landesregierung habe erstellen lassen, dem Ausschuß zur Verfügung gestellt werden solle. Dies sei abgelehnt worden. In einem anschließenden Gespräch habe der Staatssekretär erklärt, eine Stellungnahme des Hauses zu diesem Gutachten läge noch nicht vor; sie sei in Arbeit. Zwischenzeitlich hätten jedoch die Fraktionen der SPD und der CDU diese Stellungnahme erhalten. Die Fraktion der F.D.P. habe die Stellungnahme noch nicht bekommen. Sie stelle daher den Antrag, ihr diese Stellungnahme unverzüglich - das bedeute im Laufe des heutigen Tages - zuzuleiten. Sie und ihre Fraktion hätten dieses Verfahren mit Befremden zur Kenntnis genommen.

Staatssekretär Dr. Nehrling (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr) führt aus, die Teilnehmer würden sich sicher erinnern, daß Frau Thomann-Stahl in der Sitzung im Duisburger Hafen darum gebeten habe, ihr das Gutachten zur Verfügung zu stellen. Er habe auch nicht - wie dies eben dargestellt worden sei - abgelehnt, das Gutachten zur Verfügung zu stellen, sondern er habe gesagt, daß es gewisse Überlegungen im Zusammenhang mit dem Gutachten gebe - dies sei in dem anschließenden Gespräch verdeutlicht worden -, das Gutachten als Anlage dem Schreiben der Landesregierung an die Bundesregierung - Bundesfinanzminister - beizufügen und daß geprüft werde, ob es möglich sei, Frau Abg. Thomann-Stahl dieses Gutachten zur Verfügung zu stellen.

Im übrigen sei er der Meinung, daß - wenn dem Ausschuß Unterlagen zur Verfügung gestellt werden sollten - dies auf Grund eines Ausschußbeschlusses gemacht werden sollte, um trennen zu können, was einem einzelnen Abgeordneten und was den Mitgliedern des Ausschusses insgesamt an Unterlagen zugeleitet werden sollte.

In den anschließenden Gesprächen sei er gebeten worden, das, was von der Fachgruppe dazu gesagt worden sei, den Herren Dreyer und Aigner zur Verfügung zu stellen. Ausdrücklich bleibe festzustellen, daß es keinen Ausschußbeschuß gebe, dem Ausschuß das Gutachten zuzuleiten. Es gebe auch nach seiner Erinnerung keinen Wunsch von Frau Abg. Thomann-Stahl, dem Ausschuß das Gutachten zur Verfügung zu stellen. Sie habe Wert darauf gelegt - auch in dem anschließenden Gespräch und bei der weiteren Beschwerde -, daß ihr das Gutachten in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden solle.

Verkehrsausschuß
31. Sitzung

02.07.87
B/n

Er bitte nochmals um Verständnis für seine Auffassung. Wenn die Landesregierung ein offizielles Schreiben an die Bundesregierung richte, wobei gedacht sei, ein solches Gutachten beizufügen, so würde es den Wert dieses Schreibens aus seiner Sicht erheblich mindern, wenn nicht sogar beseitigen, wenn schon Monate vorher das, was der Bundesregierung mitgeteilt werden solle, in allen Gremien diskutiert werde. Deshalb sollte man sich darauf verständigen, daß zeitgleich mit der Übersendung des Gutachtens an die Bundesregierung das Gutachten dem Ausschuß zur Verfügung gestellt werde.

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) erwidert, diese Darstellung sei nicht richtig. Der Staatssekretär habe um eine einstimmige Resolution zum Thema Freihafen Duisburg gebeten. Sie sei damit einverstanden gewesen, das zu tun, weil es auch in ihrem Interesse gelegen habe. Nachdem sich im Anschluß an die Diskussion herausgestellt habe, daß ein Gutachten zu den von ihr gestellten Fragen vorliege, habe sie darum gebeten, dieses Gutachten dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Der Staatssekretär habe dies abgelehnt mit der Begründung, wenn er das Gutachten den Abgeordneten zur Verfügung stelle - wobei er ihre Person ausdrücklich ausnehme -, dann könnte er es auch sofort veröffentlichen. Unabhängig davon, ob der Staatssekretär mit dieser Vermutung recht habe oder nicht, gehe schon aus dieser Antwort hervor, daß sie nicht darum gebeten habe, das Gutachten nur ihr allein zur Verfügung zu stellen, sondern daß sie darum gebeten habe, das Gutachten dem Ausschuß zuzuleiten. Dies sei aber nicht der entscheidende Punkt.

Im Anschluß daran habe der Staatssekretär davon gesprochen, daß eine Stellungnahme des Hauses zu diesem Thema erarbeitet werde. Diese Stellungnahme sei aber noch nicht fertig. Mittlerweile habe sie erfahren, daß die Stellungnahme offensichtlich so weit fertiggestellt sei, daß die Vertreter der beiden anderen Parteien diese Stellungnahme lesen dürften und könnten. Daraus resultiere ihr Antrag, ihr diese Stellungnahme ebenfalls zuzuleiten.

Abg. Dreyer (CDU) ist der Meinung, daß die Mitglieder des Verkehrsausschusses alle Unterlagen haben sollten, die für die Ausschußarbeit nützlich und dienlich seien. Dazu gehörten vor allen Dingen Gutachten und Stellungnahmen. Er habe schon in der Sitzung auf dem Schiff erklärt, daß er die Einschätzung nicht teile, daß in dieser Beziehung Schwierigkeiten entstehen könnten. Er könne auch nicht die Meinung des Staatssekretärs teilen, daß dann das Gutachten zu schnell in der Öffentlichkeit bekannt werde. Richtig sei aber, daß dann auch andere Städte den Wunsch haben könnten, einen solchen Freihafen zu bekommen und sich auf das Gutachten beriefen. Angesichts der Entschlossenheit des Ausschusses, was den Standort Duisburg angehe, könne dieses Argument jedoch vernachlässigt werden.

StS Dr. Nehrling (MSWV) weist die Behauptung von Frau Abg. Thomann-Stahl zurück, er habe auf eine einstimmige Entschließung gedrängt. Dies sei eine merkwürdige Darstellung. Der Minister habe aber nichts dagegen, Frau Thomann-Stahl die Stellungnahme der Fachgruppe zur Verfügung zu stellen.

Verkehrsausschuß
31. Sitzung

02.07.87
B/n

Abg. Aigner (SPD) bemerkt, daß der Antrag, eine gemeinsame Initiative zu ergreifen, von ihm ausgegangen sei. Er habe sich mit den Sprechern der Fraktionen abgestimmt, daß dies so geschehen solle. Zwei oder drei Abgeordnete hätten sich dann mit der Angelegenheit befaßt. Insofern könne er die Aussage des Staatssekretärs nur bestätigen.

Minister Zöpel (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr) erklärt, die Landesregierung werde in dieser Frage sehr zügig zu einem Entschluß kommen. Dann würden die Bundesregierung und zeitgleich auch der Ausschuß dieses Gutachten erhalten. Auf diesen Weg sollte man sich verständigen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zu entnehmen sei, daß Frau Abg. Thomann-Stahl die Stellungnahme des Hauses so schnell wie möglich zugeleitet werde.

Zu 5: Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Nachtragshaushaltsgesetz 1987)

Staatssekretär Vollmer (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) legt die bisherigen Beteiligungsverhältnisse des Landes Nordrhein-Westfalen am Grundkapital der Deutschen Lufthansa dar und weist darauf hin, daß es für das Land von besonderer Bedeutung sei, daß innerhalb des Bundesgebietes ein Luftverkehrsnetz vorgehalten werde, das dezentrale Verkehrs- und Wirtschaftsräume angemessen berücksichtige. Dies sei aber nur möglich, wenn die Deutsche Lufthansa selbst oder im Wege der Kooperation mit kleineren Unternehmen ein innerdeutsches Liniennetz betreiben könne. Das Land müsse außerdem bei der Umstrukturierung des Intercontinental-Netzes der Deutschen Lufthansa in der Lage sein, seinen Einfluß geltend zu machen. Es gelte dabei, die einseitig auf Frankfurt ausgerichteten Strukturen zu lockern und eine bessere Berücksichtigung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn zu erreichen. Die Bedeutung des Landes komme auch darin zum Ausdruck, daß ihm einer der 10 Sitze der Aktionärsvertreter in dem aus 20 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat eingeräumt worden sei.

Die Deutsche Lufthansa plane nunmehr eine Erhöhung des Grundkapitals um 630 Millionen DM. Damit solle die aus Wettbewerbsgründen notwendige Erneuerung und Erweiterung der Luftflotte finanziert werden. Dieses Vorhaben solle mit einem Investitionsvolumen von rd. 13 Milliarden DM bis 1994 durchgeführt werden. Die Aufstockung des Grundkapitals erfolge in zwei Stufen, die in der Hauptversammlung vom 08.07.1987 von den Aktionären beschlossen werden müßten.

Die erste Stufe sei eine direkte Kapitalerhöhung durch Ausgabe von Stammaktien in Höhe von 300 Millionen DM, dazu ein genehmigtes Kapital für die Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien = Belegschaftsaktien in Höhe von 30 Millionen DM. Die zweite Stufe sei die Schaffung eines genehmigten Kapitals durch die Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien in Höhe von 300 Millionen DM. Die direkte Kapitalerhöhung der ersten Stufe solle sofort nach der Hauptversammlung am 08.07.1987 durchgeführt werden. Die weitere Erhöhung erfolge später.

Verkehrsausschuß
31. Sitzung

02.07.87
B/n

Das Land habe im Aufsichtsrat die geplante Kapitalerhöhung befürwortet und seine Absicht bekanntgegeben, sich an der Erhöhung entsprechend seinen bisherigen Anteilsverhältnissen zu beteiligen. Dazu müßten insgesamt Aktien im Nennwert von 13,5 Millionen DM erworben werden. Dies entspreche einem Bezugspreis von knapp 34,5 Millionen DM.

Zum Verfahren des Aktienerwerbs durch das Land sei zu bemerken, daß das Aktiengesetz für die von der Kapitalerhöhung betroffenen Aktionäre ein Bezugsrecht in der Höhe vorsehe, die seinem bisherigen Anteil am Grundkapital entspreche. Dieses Bezugsrecht müsse innerhalb einer von der Gesellschaft festgesetzten Frist ausgeübt werden. Dies müsse bis spätestens Mitte August erfolgt sein, also noch vor Ende der Parlamentsferien. Daher sei Eile geboten. Eine frühere Entscheidung sei nicht möglich gewesen, da sich die konkrete Planung für die Kapitalerhöhung sowohl in der Betragshöhe als auch im Zeitpunkt erst nach der Aufsichtsratsitzung vom 19.05. dieses Jahres abgezeichnet habe.

Abg. Dreyer (CDU) sagt, die CDU-Fraktion sei der Auffassung, daß das Land die Bezugsrechte wahrnehmen sollte, zumal es darum gehe, das zu berücksichtigen, was im Hinblick auf Düsseldorf und Köln/Bonn für das Land wichtig sei. Die CDU stimme daher dem Nachtragshaushalt zu.

Abg. Mayer (Düsseldorf) (SPD) bemängelt, daß diese Vorlage sehr kurzfristig auf den Tisch gekommen sei. Wenn es in der Begründung heiße: "Zur Wahrung der Einflußmöglichkeiten des Landes auf die unternehmenspolitischen Entscheidungen der Deutschen Lufthansa", so müsse gesehen werden, was sich in Köln, in Frankfurt und München ereigne und in welche Richtung die Vorstellungen der Deutschen Lufthansa gingen. Dann wisse er auch nicht, weshalb sich das Land an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Lufthansa beteiligen wolle.

Abg. Frau Thomann-Stahl (F.D.P.) erklärt, die F.D.P.-Fraktion lehne den Gesetzesentwurf ab. Erstens sei es völlig unerheblich, ob das Land 2,25 % oder 1,75 % des Kapitals halte. Dies habe so oder so auf die Entscheidung der Deutschen Lufthansa keinen großen Einfluß. Die Landesmittel würden für andere Aufgaben dringender benötigt, zum Beispiel für die Stahlstandorte. Zweitens könnte man sich überlegen, ob man nicht nach dem Vorbild Bayerns diese Anteile der West-LB übertragen und diese die Interessen des Landes wahrnehmen sollte. Dann könnte auch das Land - über die Veräußerung der bisherigen Anteile in Höhe von 150 Millionen DM hinaus - die 34,5 Millionen DM sparen. Dies wäre ein vernünftiger Vorschlag im Sinne des Landeshaushalts, ohne daß der Einfluß des Landes im Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa geschmälert würde.

Abg. Aigner (SPD) betont, daß es sich - insbesondere was den Zeitdruck angehe - um ein ungewöhnliches Verfahren handle. Er habe es noch nicht erlebt, daß eine Vorlage beraten werde, die noch gar nicht eingebracht sei. Dennoch sei die SPD-Fraktion damit einverstanden gewesen, dies auf der heutigen Sitzung zu behandeln und eine Empfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuß abzugeben. Der Einfluß, den das Land auf die Deutsche Lufthansa habe, sei sicherlich sehr gering; dennoch sollte er nicht geschmälert werden. Aus diesem Grunde stimme die SPD-Fraktion der Kapitalerhöhung zu.